

Aus dem Tarif gekickt

Um Geld zu sparen, umgeht die Stadt ein neues Arbeitsgesetz zur Gleichstellung am Arbeitsplatz

Menschen, die für die Stadt kleine Jobs erledigen, sollen auch in Zukunft dafür nur geringfügig bezahlt werden. Um dies zu erreichen, will man nun durch einen Trick die neu geltende Gesetzeslage umgehen. Das beschloss vor kurzem der Stadtrat mit einhelliger Zustimmung aus allen Fraktionen (auch SPD) – nur die GAL stimmte dagegen.

Hintergrund: Mit dem neuen „Teilzeit- und Befristungsgesetz“ der rot-grünen Bundesregierung sollen Teilzeitbeschäftigte allen anderen Beschäftigten gleichgestellt werden: Tarifgebundene Arbeitgeber (also auch die Stadt Bamberg) sind verpflichtet, geringfügig Beschäftigten den gleichen Stundenlohn zu zahlen wie Vollzeitangestellten, sofern sie länger als drei Monate beschäftigt werden.

Stadt drückt sich um Mindestlohn

An manchen Stellen ärgert das die Stadt besonders, denn nicht nur alle 630-Mark-Jobs fallen unter diese Bestimmung, auch z.B. studentische Aufsichten in Museen oder SchulweghelferInnen. Und denen möchte Personalreferent Faust auch weiterhin marktübliche 13 DM pro Stunde zahlen und nicht den nun geltenden tariflichen Mindestlohn von 18 DM.

Der Trick ist nun, dass die Stadt Bamberg eine Service-GmbH gründet, die künftig Anstellung und Entlohnung dieser geringfügig Beschäftigten übernimmt – nach eigenem Gutdünken und ohne Tarifvorgaben, denn für eine selbständige GmbH gilt das erwähnte Gesetz nicht. Selbständig ist die GmbH freilich nur pro forma, denn sie gehört hundertprozentig der Stadt, Geschäftsführer ist der städtische Personalreferent, und das Geld für die auszahlenden Löhne wird zwischen GmbH und Stadthaushalt hin und hergeschoben.

Mehrausgaben wären akzeptabel

Nach Fausts Auskunft hätte eine gleichwertige Bezahlung der geringfügig Beschäftigten die Stadt jährlich 100.000 bis 300.000 DM zusätzlich gekostet. Angesichts der Finanzmisere zwar ein ganz schöner Brocken, aber immerhin zu verkraften, meint die GAL. Wenn es darum geht, Diskriminierungen in der Arbeitswelt zu beseitigen und soziale Sicherheiten wenigstens durch eine tarifliche Mindestlohngarantie zu schaffen, steht es der Stadt Bamberg als öffentlicher Arbeitgeberin nicht gut an, Gesetze zu umgehen und herumzutricksen.

Bald auch Vollzeitbeschäftigte außer Tarif?

Das Ganze hat übrigens auch noch eine weitere politische Dimension: Um die Ausgaben der Stadt zu senken, versucht die Stadtspitze immer wieder, die Personalkosten zu drücken. Nun hat sich möglicherweise ein neuer Weg aufgetan: Bald könnten auch die einen oder anderen Vollzeitbeschäftigten (z.B. Angestellte in Küchen, Wäschereien, im Putzdienst, Arbeiter) auf die neue Service-GmbH verlagert und dann unter Tarif bezahlt werden.

Eine gefährliche Entwicklung, wenn sich die Stadt so aus ihrer sozialen Verantwortung stehlen würde. Eine Entwicklung, die die GAL nicht mittragen wird.



Stempelkarten und Stempeluhr im Bamberger Rathaus

Foto: Erich Weiß

Terror bekämpfen – mit zivilisierten Mitteln!

Auszug aus einer Erklärung vom 13. Dez. 2001 zum Krieg in Afghanistan, zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Zukunft der GRÜNEN

(...) 1. Eine deutsche Beteiligung am Kampf gegen den Terrorismus – etwa im Rahmen entsprechender UN-Aktionen – ist notwendig und sinnvoll.

2. Eine Beteiligung Deutschlands am Krieg der USA in Afghanistan – und evtl. demnächst auch in anderen Staaten – lehnen wir ab.

3. Die – mehrheitliche – Zustimmung der grünen Bundestagsfraktion und der Bundesdelegiertenkonferenz halten wir für Schritte in die falsche Richtung.

4. Wir werden uns innerhalb der GRÜNEN engagieren, solange wir die Hoffnung haben, dass außen- und friedenspolitische Positionen, für die wir im Rahmen des Bundes- und Landtagswahlkampfes gewonnen haben, in der Partei wieder mehrheitsfähig werden können.

5. Menschen, die – wie wir – den von den USA geführten „Krieg gegen den Terrorismus“ kritisch beurteilen bzw. ablehnen, haben in Bamberg ihre politische Heimat weiterhin in der GAL. Dies zeigt die breite Unterstützung, die wir für unsere Erklärung von vielen GAL-Mitgliedern erhalten haben. (...)

Eine langfristig wirksame Bekämpfung des Terrorismus kann nur dann gelingen, wenn sie Maßnahmen gegen all jene Missstände beinhaltet, aus denen die Terroristen den Schein der Legitimität und die – manifeste oder verdeckte – Unterstützung ihrer Aktionen in vielen Ländern ziehen können. Zu diesen Missständen gehören: die ungelöste Palästinafrage; die militärische Präsenz der USA in Saudi-Arabien, dem Land der heiligen Stätten des Islam, zum Schutz eigener ökonomischer Interessen (Öl); das die Länder der sog. „Dritten Welt“ benachteiligende System des Welthandels; die im Zeichen neoliberaler Globalisierung der Weltwirtschaft feststellbare Zementierung der Kluft zwischen den reichen Ländern des industrialisierten Nordens und den armen Ländern des Südens. (...)

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Zielorientierung wieder stärker Maßstab grüner Politik wird. (...)

(formuliert von Dr. Gerd Rudel und Peter Gack, Landtags- und Bundestagsdirektkandidaten der GAL Bamberg 1998, unterstützt von weiteren Mitgliedern der GAL Bamberg)

neigez

„Minderheiten aller Art“

Die GAL beantragte vor kurzem, eine städtische Dienstvereinbarung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zu erarbeiten. Hintergrund: Nach den Terroranschlägen in New York am 11.9.2001 sollte in der Verwaltung für die Notwendigkeit eines fremdentoleranten Arbeitsklimas geworben werden.

Der GAL-Antrag wurde im Personalsenat behandelt, der grundsätzlich nichtöffentlich tagt. Da beim Tagesordnungspunkt „Dienstvereinbarung“ aber keine personenbezogenen Daten vorkamen, lagen eigentlich keine Gründe für die Nichtöffentlichkeit vor. Die GAL wollte deshalb nachträglich darüber berichten.

Auf Anfrage der GAL konnte sich OB Lauer jedoch nicht dazu durchringen, in Nachhinein formal die Öffentlichkeit herzustellen. Begründung laut OB: Dann wäre sein Personal- und Finanzreferent Heinz Faust öffentlich bloß gestellt. Und damit liegt er nicht falsch, denn dessen Zynismus blüht besonders drastisch „nichtöffentlich“.

Wir dürfen hier nicht über die Beschlussfassung des Senates berichten. Über den schriftlichen Sitzungsvortrag, denken wir, schon. Dort sieht Referent Faust die Verwaltung durch den GAL-Antrag politisch instrumentalisiert. Wir unterstellen H. Faust durchaus, dass er sich als „Instrument gegen Fremdenfeindlichkeit“ sieht. Trotzdem setzt er in seinem Vortrag noch eins drauf: Den GAL-Antrag „glossierend“ regt er an, doch weitere Gruppen in eine solche Vereinbarung mit einzubeziehen. Zitat Faust: „Ausländer, Fremde, Frauen, Senioren, Jugendliche, Schwule, sozial Schwache, Behinderte, Angehörige anderer Religionen, ...Rassen, ...Sprachgruppen, kurz Minderheiten aller Art und solche, die sich dafür halten.“

Locker-lustig kriegt er das hin, der Herr Faust, die Diskriminierungserfahrungen vieler Menschen, auch in unserer Stadt, vom Tisch zu wischen.